

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Fremdenliste und Jugend einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. Durch den Postbezugsdienst Nr. 276, unser Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5.—. Preiszeitung tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, D. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Poststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreitägiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstaxen 25 Pf. Interests müssen die Spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 132.

Dresden, Mittwoch den 11. Juni 1913.

24. Jahrg.

Nach Meldungen der Germania wird zwischen den bürgerlichen Parteien über die Einführung einer Reichssteuerabgrenzungswachsteuer verhandelt.

Die Rechte planen eine Intervention, um den serbisch-bulgarischen Streit zu schlichten.

Das englische Unterhaus nahm die Gomeralebill in zweiter Lesung an.

In Vissaba wurde ein Bombenattentat verübt; der Täter ist verhaftet.

Der belgische Heerbesatz, der einen Zug von Paris nach Warschau unternommen hatte, ist wohlbehalten in Warschau angekommen.

## Sturm im Reichstage.

Die zweite Lesung der Wehrvorlage begann gestern im Reichstage mit einer sehr bewegten, stürmischen Sitzung, die der Regierung und den Rüstungstreibern eine schwere moralische Niederlage brachte.

Die bürgerlichen Parteien hatten sich die Erledigung der Wehrvorlage in zweiter Lesung sehr leicht gedacht: in aller Eile und Eile, ohne große Reden wollten sie die Milliardenforderung der Regierung bewilligen, und nur die Deckung der Strukturfrage, bereitet ihnen Kopfschmerzen. Die Sitzung begann deshalb unter völliger Teilnahmslosigkeit der bürgerlichen Abgeordneten, die im Hörsaal oder im Restaurant zu warten gedachten, bis der sozialdemokratische Redner gerufen sei, um dann ihre kurzen Erklärungen abzugeben. Aber es sollte anders kommen! Eine Stunde verlief, es vergingen zwei, drei, vier Stunden — und immer noch stand unser Gemütsknoten am Wehnerpult, gepflückt die Wehrvorlage in allen ihren Einzelheiten, sagte das Treiben der Rüstungsinteressen für und schwebte der Regierung und den bürgerlichen Parteien die wichtigsten Anlagen in das Gesicht. Es war eine glänzende Leistung, die Rostesche Rede, die mehr als vier Stunden währte und die Regierung und die bürgerlichen Parteien arg in die Enge trieb. Während und mit verdorrten Gesichtern kamen die bürgerlichen Abgeordneten noch und noch in den Sitzungssaal zurück, nervös liefen die Regierungsvorträge hin und her, emsig lauschten die zahlreicheren Zuhörer auf den Tribünen, und immer wirkungsvoller wurde unter Redner, der über ein reiches Material verfügte, bis es schließlich zu stürmischen Demonstrationen gegen den Kriegsminister kam.

Die Rede Rostes füllte die ganze Sitzung aus! Er hatte als erster Redner das Wort erhalten, nachdem zwei kurze Anfragen erledigt waren und der Berichterstatter Hans Gdler Herr von Büllig die zweite Lesung der Wehrvorlage mit wenigen Worten eingeleitet hatte. Treffend zeigte Roste, wie der Vorgang am Montag abend, bei Feststellung der Tagesordnung für Dienstag, den Patriotismus der bürgerlichen Parteien charakterisierte. Als die Wehrvorlage eingebracht wurde, waren die bürgerlichen Abgeordneten mit großer Begeisterung bereit, die Forderungen zu bewilligen, weil sie glaubten, es liege eine ernsthafte Gefährdung des Reiches vor. Dieser Glaube an die große Gefahr scheint aber in dem Augenblick zu schwinden, sobald auch nur geringe Gefahren für den Bestand der Besten auftauchen. Unser Redner zeigte sodann aber auch, daß die Sicherheit Deutschlands durch nichts und niemand anders bedroht sei, als einzig und allein durch die Zerbrechlichkeit der Rüstungsinteressen. Er wies auf die Rüstungsbesuche hin und auf die Friedensbetreibungen, und auch darauf, daß für tausende Festlichter Millionen ausgegeben worden seien, während das Volk darbe. Er wies ferner nach, daß durch die Heeresvermehrung die Machtstellung Deutschlands nicht größer werde, weil nun auch die anderen Staaten Neuaufstellungen vornehmen, empfahl die Andahmung einer Verständigung mit Frankreich und betonte, daß gerade durch die Andahmung der Wehrvorlage der Friede am besten gesichert werde. Mit großer Sachkenntnis behandelte Roste dann die einzelnen Forderungen und zeigte, wie die Regierung sich abweisend gegen alle und auch die einfachsten und dringendsten Reformen im Heereswesen verhalte. Schuld daran, daß eine Reihe der Wehrstände allerhöchster Art nicht beseitigt wurden, seien allerdings auch die bürgerlichen Parteien, die nicht auf Einführung der Reformen bestanden. Redner zeigte dann das Wesen des Militarismus, wies auf den Fall Rebl in das Heeresreich hin, auf die Kruppaffäre und auf die Tatsache, daß Krupp an Offiziere Schmiergelber bezahlt habe.

Die Regierung und die bürgerlichen Parteien gerieten immer mehr in die Enge, wurden immer nervöser. Als nun aber Roste auf die Wehrvorlage des Kriegsministers in der Budgetkommission zu sprechen kam, daß der Militärbudgetfotografierfertig sei, weil die Soldaten keine Lokale besuchen dürften, in denen Sozialdemokraten, Dänen und Jünger verblieben, da brach ein Sturm los, wie ihn der Reichstag nicht oft erlebt hat. Abwarten drückte die sozialdemokratische Fraktion ihre Entstellung gegen den Kriegsminister in Zurschaufeln die sich immer wiederholten, so oft der Präsident sie für unzulässig erklären wollte. Wie ein armer Sünder, mit hoch-

rottem Kopfe, sah der Kriegsminister, ganz in sich gesunken, währenddessen auf seinem Platze. Der Sturm drach von neuem aus, als Roste feststellte, daß man die Militärbudgetfrage als Jubiläumsgeschenk darbieten wolle, während auf der anderen Seite ein Königswort, die preussische Wahlreform, bisher nicht eingelöst worden sei. Den demonstrativen Beifall der sozialdemokratischen Fraktion beantwortete die Rechte mit Lob und Tadeln. Mit erhöhter Stimme, unter dem stürmischen Beifall der sozialdemokratischen Fraktion, erklärte aber dann Roste, daß, wenn man dem Volke erweise, daß es das Vaterland verteidige, wenn man ihm die ungeheuren Militäraufgaben auferlege, es auch ein gleiches Recht haben müsse. Für ein Vaterland, in dem man realitätslos sei, könne man sich nicht bessern. Immer größere Schichten des Volkes scharten sich aber auch um die Sozialdemokratie, die den Kampf durchzuführen werde, bis der Militarismus überwunden sei, die Kultur den Sieg über die Barbarei des Krieges und des Militarismus errungen habe.

Es war 6 1/2 Uhr abends, als Roste seine prächtige Rede vor gefülltem Hause beendete. Erregt erhob sich nun der Kriegsminister, um zu erklären, daß er mit seinen Ausführungen in der Budgetkommission die Sozialdemokraten nicht mit Dänen und Jüdinnen auf eine Stufe stellen wolle. Erregt sprang auch Herr Feldrüd, der Staatssekretär des Innern, in die Schranken, um seinen kollektiven Herrn in Schutz zu nehmen. Der König von Preußen habe sein Wort eingelöst, behauptete er, indem er die Wahlreformvorlage dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen ließ. Und nun gab es noch eine Sensation: der Generalleutnant Wandl, der Departementsdirektor im Kriegsministerium, mußte zugeben, daß die Heeresverwaltung habe davon aber keine Kenntnis gehabt, sie habe eingegriffen, sobald sie davon erfahren, die „Ungehörlichkeiten“ abgestellt und eine Untersuchung eingeleitet. Schließlich stellte Graf Posadowsky in einer persönlichen Bemerkung fest, daß er nicht an einem Aufschiffunternehmen beteiligt sei.

Heute, Mittwoch, wird die Debatte fortgesetzt. Es wird sich dann ja zeigen, ob die bürgerlichen Parteien noch den Mut haben werden, den großen Unwillen zu misshandeln, der im Volke gegen die ungeheure Heeresvermehrung und die Verschleppung jeder Reform des Heereswesens besteht. Die Sozialdemokraten werden jedenfalls dafür sorgen, daß das Volk erfährt, um was es sich handelt, und daß es von neuem kennen lernt, wo die Vertreter seiner Interessen sitzen!

## Die ungeklärte Deckungsfrage.

Ueber die Lösung der Deckungsfrage ist noch immer keine Klarheit vorhanden. Und es wird davon gesprochen, daß man mit einer Reichstagsauflösung rechnen müsse. So wird zum Beispiel der Korrespondenz Bloch angeblich aus Abgeordnetenkreisen geschrieben:

Obwohl dem Anschein nach die Wehrvorlage sich auf dem Wege befindet, müssen doch Befürchtungen ausgesprochen werden, daß die Wehrvorlage gefährdet ist und eine Auflösung des Reichstags nicht unmöglich erscheint. Das Zentrum wird die Wehrvorlage in dritter Lesung ablehnen, wenn die Deckungsfrage bis dahin nicht, wenigstens zum Teil, verabschiedet sind.

Es wird dann allerdings ausgeführt, man nehme an, daß das Zentrum bei endgültiger Gestaltung der Wehrvorlage im Plenum auch der Wehrvorlage in dritter Lesung zustimmen werde, weil für die einmaligen Ausgaben Deckung durch den Wehrbeitrag vorhanden sei. Sollte das aber nicht der Fall sein, so fänden die Dinge sehr schlecht. Man hoffe aber, daß die Regierung eine Auflösung des Reichstags im Jubiläumsjahr vermeiden werde.

Die Regierungen halten an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Reichsvermögenssteuer fest, hingegen sollen sie bereit sein, die Erbschaftsteuer anzunehmen. So meldet wenigstens die Tägliche Rundschau. Dem Blatt ist angeblich mitgeteilt worden:

Da die Reichsvermögenssteuer in der letzten Zeit die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt hat und auch im Reichstag zum Gegenstand von Erörterungen gemacht wurde, hat, wie wir erklären, eine betrübliche Fühlungnahme unter den Verbänden der Regierungen stattgefunden, um eine Einigung über die Frage einer Reichsvermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichsvermögenssteuer zuzustimmen.

Die Wehrzeit der Verbündeten Regierungen steht auf dem Standpunkt, daß die Deckung der dauernden Ausgaben entweder durch ein Zurückgreifen auf die Regierungsvorschläge, wobei auch weitgehende Änderungen vorgenommen werden könnten, oder durch Einführung der Erbschaftsteuer gefunden werden muß. Wenn der Reichstag die Erbschaftsteuer beschließt, so wird sie der Bundesrat zweifellos annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Reichsversammlung in ihren Grundzügen an die Regierungsvorlage vom Jahre 1903 anlehnt.

Zwischen sollen Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien abzuwickeln, um eine Einigung herbeizuführen. Dabei soll ein neuer Vorschlag ausgearbeitet worden sein.

Die Germania meldet:

Wie wir von ununterrichteter Seite hören, sind neue Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien des Reichstages über die Lösung der Wehrfrage im Gange. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß an Stelle der im sogenannten Sicherungsgesetz enthaltenen Vermögenswachsteuer eine Reichsvermögenswachsteuer treten soll.

In ununterrichteten Kreisen hofft man auf dieser Grundlage im Reichstage zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung verhält sich allerdings noch gegenüber diesen Vorschlägen ablehnend, doch besteht Aussicht, daß sie schließlich ihren Widerstand aufgeben wird, wenn sie sieht, daß auf anderem Wege eine Verständigung nicht zu erreichen ist.

Während die Regierungsvorlage die Vermögenswachsteuer nur für den Fall vorsieht, daß die Einzelstaaten die ihnen durch die Erhöhung der Militärarbeiträge auferlegten Kosten nicht durch eine andere direkte Steuer decken, soll also nach dem hier wiedergegebenen Vorschlag eine Reichsvermögenswachsteuer eingeführt werden. Den gleichen Vorschlag hat auch der nationalliberale Abgeordnete Quard in der Täglichen Rundschau gemacht. Die Deutsche Tageszeitung hat zwar dazu erklärt, daß eine Vermögenswachsteuer unannehmbar sei, wenn die Rinderbesitzer mit getroffen werden. Aber das Zentrum wird wahrscheinlich froh sein, wenn es sich irgendwie in der Deckungsfrage mit den Liberalen verständigen kann, und wird, wenn ihm dies möglich ist, auf die blauen Bundesgenossen nicht allzuviel Rücksicht nehmen.

Gelingt dem Zentrum eine Verständigung nicht, so muß es damit rechnen, daß entweder die Wehrvorlage überhaupt vor der Lösung der Deckungsfrage zur endgültigen Entscheidung kommt oder gegen seine Stimme eine Erbschaftsteuervorlage im Reichstage angenommen wird. Das Zentrum ist dann vor die Frage gestellt, ob es keine Drohung, eventuell die Wehrvorlage zu Fall zu bringen, wahrnehmen oder einen höchst blamablen Rückzug antreten will. Beides dürfte dem Zentrum sehr fatal sein. Die Herren vom Zentrum werden also wohl jeden für sie auch nur halbwegs erträglichen Ausweg benutzen, um aus der Patz herauszukommen. Inzwischen sind die Zentrumseute bemüht, Konfliktstoff möglichst aus dem Wege zu räumen. Die Germania meldet:

Die Zentrumskolon hat beschlossen, ihren Mitgliedern bezüglich der von der Regierung geforderten 8 Kavallerieregimenter die Abstimmung freizugeben. Es wird, wie wir hören, ein kleiner Teil der Fraktion gegen jede Vermehrung der Kavallerieregimenter stimmen, ein anderer für den Kommissionsbeschluss einstimmig und ein anderer für die ganze Regierungsvorlage.

Es werden sich wohl soviel Zentrumseute finden, die für die Regierungsvorlage stimmen, daß die 8 Kavallerieregimenter bewilligt werden.

## Konferenzüber Kavallerie-Kolon.

Berlin, 11. Juni. Die Konservativen und Freikonservativen haben zur zweiten Beratung der Heeresvorlage im Reichstage den Antrag eingebracht, statt der von der Regierung geforderten sechs und von der Kommission bewilligten drei Kavallerieregimenter acht Kavallerieregimenter zu bewilligen.

## Das Erbrecht des Staates in der Budgetkommission.

Am Dienstag trat die Budgetkommission des Reichstages in die Beratung des Erbrechts des Staates ein. Der Staat soll gesetzlicher Erbe werden, wenn Abkömmlinge von den Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur gesetzlichen Erbfolge berufen sind. Die Regierung schlägt die gesamte Einnahme aus dem Erbrecht des Staates auf 20 Millionen, von denen rund 15 Millionen dem Reich, der Rest den Bundesstaaten zufallen würden. Das Zentrum beantragte, das Erbrecht des Staates erst bei den Seitenverwandten der fünften Erbrechtsordnung einzutreten zu lassen. Die Volkspartei beantragte, nur zu sagen, wenn Verwandte der vierten Erbrechtsordnung zur Erbfolge berufen sind. — Schatzsekretär Rühl betonte, bei dem vorliegenden Entwurf sei für die Regierung in erster Linie der finanzielle Grund maßgebend gewesen und er hoffe, daß die Kommission dem auch Rechnung tragen werde. In einer Reihe europäischer und nichteuropäischer Staaten existiere bereits ein Erbrecht des Staates, wenn auch nicht in so weitgehender Weise, wie der Entwurf vorschlägt. Bei den anderen Staaten sei aber das finanzielle Interesse auch ausschlaggebend gewesen. — Abg. Gröber griff den Entwurf allgemein scharf an. Das Zentrum werde versuchen, Anträge durchzubringen, die verhindern, daß die 15 Millionen, die einkommen sollen, für häßliche Uniformen und ähnliche Dinge ausgegeben werden. Beschränke man das Erbrecht der Verwandten, dann müsse die daraus erzielte Einnahme auch für allgemeine nützliche Zwecke verwendet werden. Der Entwurf bringe auch die Gefahr in sich, daß Vermögen der im Ausland verstorbenen Deutschen, die erbrechtsfähige Verwandte nach dem Gesetzestwurf nicht mehr haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gingen. Erklärte doch die Regierung in der Begründung des Entwurfes selbst, es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß fremde Staaten sich des Nachlasses bemächtigen würden, falls der Entwurf Gesetzkraft erlange. Die Annahme der Regierung, unter den entfernteren Verwandten der Reichs kein Familienfann mehr sei, sei grundlos. Wäre aber dem so, dann müßte die Regierung alles tun, um den im Schwaben besitzenden Familienfann zu heben und zu künftigen, statt die Hände nach dem Erbe entfernter Verwandten auszustrecken. Bemerkenswert sei auch, daß der Adel von dem Erbrecht des Staates nicht betroffen werde, sondern nur die bürgerlichen Familien. Der Hof